



Wortprotokoll der 140. Sitzung

Ausschuss für Gesundheit

Berlin, den 24. Februar 2021, 15:15 Uhr
als Kombination aus Präsenzsitzung
(Paul-Löbe-Haus, Saal E 300) und
WebEx-Meeting*.

*Die Zugangsdaten zum WebEx-Meeting werden an
den entsprechenden Teilnehmerkreis versandt.

Vorsitz: Erwin Rüdgel, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 4

Antrag der Abgeordneten Dr. Achim Kessler, Jan
Korte, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion DIE LINKE.

**Patente für Impfstoffe freigeben – Weder wirt-
schaftliche noch nationale Interessen dürfen die
Bekämpfung der Pandemie beeinträchtigen**

BT-Drucksache 19/25787

"Impfstoffpatente"

Federführend:

Ausschuss für Gesundheit

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Henke, Rudolf Hennrich, Michael Irlstorfer, Erich Kippels, Dr. Georg Krauß, Alexander Kühne, Dr. Roy Maag, Karin Monstadt, Dietrich Pilsinger, Stephan Riebsamen, Lothar Rüddel, Erwin Schmidtke, Dr. Claudia Sorge, Tino Zeulner, Emmi	Albani, Stephan Brehmer, Heike Hauptmann, Mark Knoerig, Axel Lezius, Antje Nüßlein, Dr. Georg Pantel, Sylvia Schummer, Uwe Stracke, Stephan Tiemann, Dr. Dietlind Weiß (Emmendingen), Peter Zimmer, Dr. Matthias
SPD	Baehrens, Heike Dittmar, Sabine Franke, Dr. Edgar Heidenblut, Dirk Mattheis, Hilde Moll, Claudia Müller, Bettina Stamm-Fibich, Martina Völlers, Marja-Liisa	Bahr, Ulrike Baradari, Nezahat Bas, Bärbel Freese, Ulrich Katzmarek, Gabriele Steffen, Sonja Amalie Tack, Kerstin Westphal, Bernd Ziegler, Dagmar
AfD	Podolay, Paul Viktor Schlund, Dr. Robby Schneider, Jörg Spangenberg, Detlev Witt, Uwe	Braun, Jürgen Gehrke, Dr. Axel Oehme, Ulrich Wildberg, Dr. Heiko Wirth, Dr. Christian
FDP	Aschenberg-Dugnus, Christine Helling-Plahr, Katrin Schinnenburg, Dr. Wieland Ullmann, Dr. Andrew Westig, Nicole	Alt, Renata Kober, Pascal Nölke, Matthias Theurer, Michael Willkomm, Katharina
DIE LINKE.	Gabelmann, Sylvia Kessler, Dr. Achim Weinberg, Harald Zimmermann, Pia	Krellmann, Jutta Movassat, Niema Schreiber, Eva-Maria Wagner, Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dahmen, Dr. Janosch Kappert-Gonther, Dr. Kirsten Klein-Schmeink, Maria Schulz-Asche, Kordula	Hoffmann, Dr. Bettina Kurth, Markus Rottmann, Dr. Manuela Rüffer, Corinna



Die Anwesenheitslisten liegen dem Originalprotokoll bei.

Nicht lektorierte Fassung



Beginn der Sitzung: 15:18 Uhr

Der **Vorsitzende**, Abg. **Erwin Rüdell** (CDU/CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, liebe Sachverständige und Vertreter der Bundesregierung, ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen zu unserer Anhörung hier im Gesundheitsausschuss, die wieder eine Mischung aus Präsenzsitzung und Onlinemeeting ist. Vorab möchte ich alle, die online dabei sind bitten, sich entsprechend anzumelden, damit Ihre Teilnahme hier auch bei uns entsprechend registriert werden kann. Bitte schalten Sie Ihre Mikrofone stumm. Wir beschäftigen uns in dieser Anhörung mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE.

„Patente für Impfstoffe freigeben – Weder wirtschaftliche noch nationale Interessen dürfen die Bekämpfung der Pandemie beeinträchtigen“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE. fordert in ihrem Antrag, alle Maßnahmen zu ergreifen, die eine Erhöhung der Produktionskapazität für Impfstoffe gegen COVID-19 ermöglichen. Dabei sollen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Patentinhaber und Hersteller zur Vergabe von Lizenzen und zum Transfer des technologischen Know-hows zu veranlassen sowie einen Zugang zu biologischen Ressourcen zu ermöglichen. Außerdem soll die Initiative der Regierungen Indiens und Südafrikas aktiv unterstützt werden, auf einige der Verpflichtungen aus dem TRIPS-Abkommen zum Schutz und zur Durchsetzung von Patenten, Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, gewerblichen Mustern und nicht offengelegter Informationen für Medikamente, Impfstoffe, Diagnostika und Schutzmaterialien zur Bekämpfung der Corona-Pandemie so lange zu verzichten, wie diese andauert. Wir freuen uns auf die Fragen der Abgeordneten und auf die Antworten der Sachverständigen. Bevor wir beginnen, einige Hinweise. Die Anhörung wird 75 Minuten dauern. Die Fraktionen werden ihre Fragen abwechselnd in einer festgelegten Reihenfolge stellen. Die Reihenfolge orientiert sich an der Stärke der Fraktionen. Es wird immer eine Frage an eine Sachverständige oder einen Sachverständigen gestellt. Ich darf darum bitten, die einzelnen Wortbeiträge möglichst kurz zu halten, damit viele Fragen gestellt werden können und viele Sachverständige zu Wort kommen. Frage- und Antwortzeit sind bei den deutschsprachigen Experten auf insgesamt drei Mi-

nuten beschränkt. Bei den englischsprachigen Experten, die wir heute hier bei uns zu Gast haben, betragen Frage- und Antwortzeit wegen der konsequenten Übersetzung insgesamt 6 Minuten. Nach 75 Minuten werde ich die Anhörung schließen. Ich bitte die aufgerufenen Sachverständigen, bei der Beantwortung der Fragen ihre Mikrofone einzuschalten und sich mit ihrem Namen und ihrem Verband vorzustellen. Das erleichtert zum einen die Protokollierung der Anhörung. Zum anderen können die Zuschauerinnen und Zuschauer die Sachverständigen den jeweiligen Verbänden und Institutionen besser zuordnen. Den Sachverständigen, die eine schriftliche Stellungnahme eingereicht haben, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken. Des Weiteren bitte ich alle Anwesenden, ihre Mobiltelefone auszuschalten. Ein Klingeln kostet fünf Euro. Ich weise noch darauf hin, dass die Anhörung digital aufgezeichnet und im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Außerdem können Sie die Anhörung in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufen. Das Wortprotokoll der Anhörung wird auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht. Soweit die Einführungen. Wir beginnen jetzt mit der ersten Frage. Diese stellt die Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Dr. Achim Kessler** (DIE LINKE.): Unsere erste Frage geht an den Einzelsachverständigen (ESV) Jörg Schaaber. Wir sind uns ja alle einig, dass es jetzt darauf ankommt, so schnell wie möglich, so viel wie möglich Menschen, nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit zu impfen. Wir erleben im Moment die Probleme, die eine gewinnorientierte Arzneimittelentwicklung und Produktion mit sich bringt, weil wir einfach jetzt große Probleme haben, schnell ausreichend Impfstoffe zu bekommen. Könnten Sie bitte so nett sein, uns aus Ihrer Sicht zu beschreiben, welche Gegenentwürfe dazu im Moment international diskutiert werden?

ESV **Jörg Schaaber**: Das Problem, was wir gegenwärtig sehen, dass das gegenwärtige Geschäftsmodell der Industrie auf Patente basiert, wird zwar als Erfolgsmodell verkauft, führt aber dazu, dass der wissenschaftliche Austausch behindert wird, sowohl bei der Forschung, später erst Recht bei der Produktion von Arzneimitteln. Das ist erst einmal die grundlegende Problemlage, die wir beachten müssen. Dazu kommt, dass die schnelle Entwick-



lung von COVID-19-Impfstoffen wesentlich auf öffentlichen Inputs beruht. Jahrelange Grundlagenforschung spielt eine ganz wichtige Rolle, die weitgehend im öffentlichen Sektor stattgefunden hat. Dazu kommt, dass Staaten sowohl Forschung als auch den Aufbau der Produktion mit Milliardensummen unterstützt haben. Das ist gut und richtig, aber man muss sich auch fragen, warum die Ergebnisse dann nicht bei allen ankommen. Das haben Sie sicherlich auch in der Presse und sonst wo gelesen, dass während hier die Impfungen anlaufen, in Afrika noch praktisch keine Impfdosen angekommen sind. Wir wissen gleichzeitig, dass die Pandemie nur weltweit besiegt werden kann. Wir müssen also sehen, dass das Patentsystem nicht ausreichend funktioniert und wir uns andere Lösungen andenken müssen. Ein generelles Problem ist, dass die Forschung über hohe Arzneimittelpreise refinanziert wird. Das führt natürlich zu einem zu einer Verzerrung der Prioritäten, also da, wo man nicht so viel Geld verdienen kann, wird auch nicht so viel beforscht. Das war selbst bei COVID-19 so, dass das große Interesse erst erwachte, als wir Anfang letzten Jahres gesehen haben, dass da etwas Schlimmes auf uns zukommt. Erst dann sind die großen Firmen auch im großen Stil eingestiegen.

Abg. **Karin Maag** (CDU/CSU): Wir bauen erst einmal im nationalen Rahmen aus. Deswegen richtet sich die erste Frage an den ESV Prof. Dr. Axel Metzger. Als im Patentrecht sehr bewandertes Jurist hätte ich von Ihnen gerne gewusst, wie Sie die Forderung der Antragssteller im nationalen Kontext bewerten?

ESV **Prof. Dr. Axel Metzger**: Ich habe einen Lehrstuhl für gewerblichen Rechtsschutz, also auch Patentschutz inne, und stehe nicht auf der Gehaltsliste irgendeines Verbandes, sondern ich spreche nur auf Grundlage meiner eigenen wissenschaftlichen Forschung. Der Eindruck, der im Antrag der Fraktion DIE LINKE. erweckt wird, und der von ESV Schaaber unterstützt wurde, deckt sich nicht mit den Beobachtungen, die ich mache. Ich meine, dass wir in Deutschland in den letzten Monaten gerade im weltweiten Vergleich sehr erfolgreich gesehen haben, dass patentgestützte Forschung durch private Unternehmen zu sehr leistungsfähigen Impfstoffentwicklungen in sehr kurzer Zeit geführt

haben. BioNTech und CureVac seien hier nur einmal genannt. Das sind auch nicht die Pharma-Riesen, sondern das sind kleinere Unternehmen, die in den letzten Jahren durch Risikokapital großgezogen worden sind. Das Problem, was wir jetzt im Moment sehen, ist die fehlende Kapazität für die Herstellung der Impfstoffe. Das hat zunächst einmal nichts mit den Patenten zu tun, sondern es hat damit zu tun, dass einfach entsprechende Kapazitäten nicht aufgebaut worden sind in der Vergangenheit. Da müssen wir jetzt ran. Was wir sehen ist, dass die Unternehmen durchaus bereit sind, zu kooperieren. Auch große deutsche Pharma- und Chemiekonzerne zeigen jetzt ihre Bereitschaft. Wir haben gesehen, dass die Bayer AG sich bereit erklärt hat, mit CureVac zu kooperieren, um dann auch entsprechende Impfstoffe herzustellen. Hier liegt das Problem. Die Patente, die angemeldet worden sind auf die aktuellen Impfstoffe, die kennen wir noch gar nicht, denn Patente sind erst 18 Monate nach der Anmeldung überhaupt öffentlich verfügbar. Das heißt, Patente, um die es jetzt geht, sind Patente, die die Unternehmen in der Vergangenheit aufgebaut haben, und zwar überwiegend auf Basis privaten Kapitals. Ich weiß nicht, ob es eine gute Idee ist, jetzt BioNTech die Patente wegzunehmen. Das sind doch letztlich die Grundlagen für die Kooperationsverträge, die sie beispielsweise mit Pfizer abschließen, das ist sozusagen das Tafelsilber deutscher kleiner und mittlerer Unternehmen und Start-Ups, um es einmal so plakativ zu sagen. Insofern hat das jetzt schon bis hier hin ganz gut funktioniert, im Hinblick auf die Patente, aber, wenn es so wäre, dass es Hersteller gäbe, die in Deutschland gerne herstellen würden und Patentinhaber würden sich dagegen sperren. Die Situation haben wir im Moment aber nicht. Dann würde man im Patentrecht Zwangslizenzen vorsehen, und das ist abrupt.

Abg. **Martina Stamm-Fibich** (SPD): Meine Frage geht an die ESVe Elisabeth Massute. Sind Sie der Meinung, dass die Freigabe von Patenten zu einer schnelleren Ausweitung der Produktionskapazitäten für Impfstoffe, Therapien, Diagnostika und Schutzausrüstungen führt als die freiwilligen Kooperationen zwischen den Patentinhabern und einzelnen anderen Herstellern in den genannten Produktgruppen? Bitte begründen Sie Ihren Standpunkt.



ESVe **Elisabeth Massute**: Bei freiwilligen Lizenzen ist es so, dass der Lizenzgeber dem Lizenznehmer quasi eine Erlaubnis erteilt, ein bestimmtes Arzneimittel zu produzieren und daran Beschränkungen geknüpft werden. Wir sehen auch, dass die innerhalb dieser Pandemie auch genutzt werden. Es gibt geografische Beschränkungen, also wo darf produziert werden, und auch Beschränkungen von Volumina. Es ist immer noch so, dass der Bedarf im globalen Süden momentan nicht ausreichend über diese Lizenzen gedeckt wird, die abgeschlossen werden, und dass immer noch in den Händen der herstellenden Unternehmen liegt, wo produziert werden darf und wo eben auch nicht. Dabei muss man auch verweisen, dass selbst kanadische Unternehmen momentan Probleme haben, Lizenzverträge einzugehen mit verschiedenen Firmen und deshalb sich jetzt darauf besinnen, doch wieder Kontingente über COVAX zu beziehen, oder auch das Serum Institute of India angesprochen haben, um Kontingente konkret zu beziehen. Ein weiteres Problem mit freiwilliger Lizenzierung ist, dass es da eine große Intransparenz gibt, was genau verhandelt wurde und wo Beschränkungen liegen. Ein weiteres Problem ist, wie der Name leider sagt, die Freiwilligkeit. Hier bestehen oft Interessenskonflikte der Hersteller und der Gesundheitsbedürfnisse der Menschen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass auch über den Madisons Patent Pool, den es ja jetzt über viele Jahre schon gibt, Probleme aufgetreten sind, dass eben Lizenzgeber regionale Einschränkungen für die Verfügbarkeit von Medikamenten stellen. Wir sehen es am Beispiel HIV ganz besonders. Hier haben immer noch einige Patienten einen schlechteren Zugang aufgrund von Restriktionen, die auf diese Lizenzen beschlossen sind. Wir sehen auch, dass der Technologietransfer, den wir eigentlich bräuchten in dieser globalen Pandemie, nicht in dem Maß stattfindet, wie er das eigentlich müsste. Es wird argumentiert, dass dies sehr lange dauert. Es gibt jetzt eine aktuelle Beobachtung der Organisation KEI aus den USA, die beobachtet hat, dass durchschnittlich COVID-19-Impfstoff-Technologietransfers, auch mRNA-Impfstoffe, innerhalb von sechs Monaten möglich wären. Das wäre doch ein guter Beitrag, wenn wir das schnell global ausweiten können, damit nämlich nicht nur hier in der EU und auch in Deutschland produziert werden kann, sondern auch weltweit, damit nicht in ärmeren Ländern nur Fill and Finish, wie man das nennt, stattfindet,

sondern damit global ein Bedarf gedeckt werden kann, um global, auch regional, schnell auf Mutationen reagieren zu können.

Abg. **Paul Viktor Podolay** (AfD): Ich habe eine ähnliche Frage an den vfa. Ist die im Antrag der Linken geforderte Freigabe von Patenten zielführend, um schneller eine umfangreiche Versorgung mit Impfstoffen zu schaffen? Können Sie Ihre Sicht kurz begründen?

SV **Dr. Siegfried Throm** (Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)): Den Antrag der Linken sehen wir in keinem Fall als zielführend an und lehnen ihn ab. Ohne Patentschutz gibt es keine forschende Pharmaindustrie, keine forschenden Biotech-Unternehmen. Herr Prof. Dr. Metzger hatte darauf bereits hingewiesen. Viele Jahre von Risikokapital sind erforderlich. Das Einzige, was diese Firmen zu bieten haben, sind Patente als Sicherheit für die Investoren. Viele Ansätze gehen schief. Der Antrag ist auch deshalb nicht zielführend, weil eine Ausweitung der Produktion über die Freigabe von Patenten in keinem Fall gefördert werden könnte. Die Firmen tun alles, Tag und Nacht, um ihre Kapazitäten auszuweiten. Wir sehen praktisch wöchentlich neue Kooperationspartner. Die Mengen, die die Firmen liefern können, verdoppeln sich innerhalb von wenigen Monaten. Der eine große Hersteller hat von 1,2 Milliarden auf 2 Milliarden Impfstoffdosen jetzt nachgebessert. Das Dashboard der UNICEF, der größten Einkaufsorganisation, sagt, allein in diesem Jahr gibt es Kapazitäten für 12 Milliarden Impfdosen, ab 2022 sogar für 30 Milliarden Impfdosen. Wo ist der Bedarf? Es dauert ein bisschen. Aber das gilt nicht nur für die Länder in Europa oder auch in anderen Teilen, sondern das gilt natürlich weltweit. Man kann nicht mit einer völlig neuen Technologie mit den mRNA-Impfstoffen von null auf 6 Milliarden Dosen innerhalb von wenigen Monaten kommen. Es wird alles getan, um möglichst schnell viele Menschen zu versorgen. Die ersten Impfdosen sind heute übrigens über COVAX nach Afrika, nach Ghana gegangen.

Abg. **Karin Maag** (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an den ESV Greg Perry. Uns ist selbstverständlich daran gelegen, dass Impfstoffe und Medikamente in ärmeren Ländern zu erschwinglichen Preisen verfügbar sind. Ich möchte daher von Ihnen wissen, ob es im Bereich der Impfstoffentwicklung



bereits Kooperationen und Technologietransfers der führenden Hersteller gibt. Falls ja, welche Hersteller wirken auf dieses Ziel hin?

ESV Greg Perry: Ich möchte zuerst einmal damit beginnen zu sagen, dass es uns gelungen ist, in weniger als einem Jahr, seit die Pandemie öffentlich gemacht wurde, in der Pharmaindustrie in Zusammenarbeit mit anderen Partnern effektive Impfstoffe gegen COVID-19 zu entwickeln. Das ist etwas, was es in der Geschichte der öffentlichen Gesundheitsdienste so noch nie gegeben hat, dass eine Antwort so schnell gefunden werden konnte. Die entsprechenden Industrien und Unternehmen haben sich verpflichtet, faire und für alle verfügbare Impfstoffe zur Verfügung zu stellen. Sie haben deshalb auch ihre Produktionskapazitäten und die Zusammenarbeit erhöht, um dies zu ermöglichen, auch vor allem in den Ländern mit mittleren und niedrigeren Einkommen. Gegenwärtig gibt es 234 Gruppen, die bei der Herstellung zusammenarbeiten und versuchen, auf globaler Ebene diese Bedürfnisse zu erfüllen. Als Beispiele nenne ich natürlich Pfizer und BioNTech, die die ersten mRNA-Vakzine hergestellt haben. Das ist also auch etwas ganz Neues. Dann Sanofi Novartis, die es auch geschafft haben, von der WHO die Notfallzulassung zu bekommen und auf der Grundlage dieser Zulassung über COVAX auch in diesem Quartal noch die ersten Lieferungen herausgeben können. Dann AstraZeneca Oxford, die mit zehn Partnern zusammengearbeitet haben. Im Rahmen dieser Zusammenarbeiten sind sehr tiefgreifende Technologietransferabkommen, Lizenzierungsabkommen getroffen worden, unter anderem auch mit dem Serum Institute of India, über eine Milliarde Dosen, die für Länder mit mittlerem und niedrigerem Einkommen zur Verfügung gestellt werden sollen. Direkt nachdem die Anerkennung für eine Notfallvakzine von der WHO gegeben wurde, haben wir jetzt auch die Situation, dass gerade heute in Ghana über COVAX die ersten Impfstoffe aufgeliefert werden konnten. Dann haben wir noch Johnson & Johnson, die an einer Vakzine arbeiten, die in einer Dosis verabreicht wird, was natürlich auch ganz besonders wichtig ist für ärmere Länder. Auch dort ist die Verpflichtung eingegangen worden, eine Milliarde Dosen weltweit zur Verfügung zu stellen, 50 Prozent davon für Länder mit niedrigerem und geringem Einkommen.

Abg. Prof. Dr. Andrew Ullmann (FDP): Meine Frage geht an den ESV Fred Roeder. Im Antrag der Linken wird der Anschein erweckt, das pharmazeutische Unternehmen profitgierig seien. Können Sie uns einen Eindruck geben, wie sich die pharmazeutischen Unternehmen derzeit in den Entwicklungsländern verhalten in Bezug auf die Bereitstellung von Arzneimitteln und Impfstoffen?

ESV Fred Roeder: Die ganze Debatte, den Patentschutz aufzuweichen, Patente freizugeben geht ein bisschen an den eigentlichen Problemen vorbei. Seit über 15 oder 20 Jahren ist ein Großteil der pharmazeutischen Großunternehmen quasi philanthropisch unterwegs in den meisten mittleren und unteren Einkommensländern. Man kann wirklich sehen, dass zum Großteil die Produkte dieser Unternehmen entweder kostenfrei oder zu Selbstkostenpreisen abgegeben werden. Wenn man zu Selbstkostenpreisen abgibt, ist man wahrscheinlich nicht so sehr profitgierig. Jeder, der sich irgendwie mal die Bilanzen angeschaut hat, vielleicht im BWL- oder im Ökonomie-Studium, kann sehen, dass ein Pharmaunternehmen fast sein ganzes Geld in fünf bis sechs Märkten weltweit verdient. Es werden überhaupt keine Profite in Ländern wie Subsahara oder Afrika gemacht, oder selbst in den meisten osteuropäischen Ländern verdienen Pharmafirmen eigentlich kein Geld, sondern sie subventionieren. Selbst ihr Angebot, dass sie in diesen Märkten sind und Produkte anbieten oder über Lizenzen abgeben, machen sie durch Profite in Ländern wie Deutschland, USA, Großbritannien, Frankreich und Japan. Das Problem aber, dass viele sowohl Nichtregierungsorganisationen als auch philanthropische Unternehmen in solchen Entwicklungsländern sehen, sind die Lieferketten. Also wenn wir jetzt sagen, die sollen gerade bei so einem sehr komplizierten mRNA-Impfstoff wie bei dem Moderna- oder BioNTech-Impfstoff die Patente abgeben, sodass man diese dann in einem Land mit 4 000 Euro Pro-Kopf-Einkommen nachbaut, dann ist das sehr utopisch. Selbst die einfachsten Medizinprodukte werden oft in diese Länder geliefert, liegen dann aber in Lagerhäusern oder Warenhäusern, weil die Lieferketten nicht funktionieren. Da geht es auch gar nicht um Kühlketten. Wenn man einen Impfstoff bei minus 20 Grad Celsius bis minus 30 Grad Celsius kontinuierlich lagern muss, ist die Abgabe solcher mRNA-Impfstoffe in Ländern mit schlechter Infrastruktur und der



Abwesenheit von Kühlketten leider eine Fiktion. Wenn wir uns wirklich Impfstoffe anschauen wollen, die man vielleicht auch in solche Ländern eher abgeben könnte, dann wären das eher konventionelle Vakzine wie zum Beispiel die von AstraZeneca. Es ist dann auch immer noch schwierig, die Leute für einen zweiten Termin überhaupt zu erreichen, weil sie teilweise nicht einmal über ein Mobiltelefon verfügen, sodass man sie nicht über eine Textnachricht oder E-Mail erreichen kann. Also da liegen die Hoffnungen eher entweder in der oralen Abgabe oder im Johnson & Johnson-Vakzin. Aber jetzt zu sagen, dass man durch die Aufgabe von Patenten das Problem löst, ist nicht der Fall, sondern es ist eher die Gefahr, dass wir damit sämtliche zukünftige Innovationen verhindern.

Abg. **Harald Weinberg** (DIE LINKE.): Meine Frage stelle ich an Medico International. Bundeskanzlerin Merkel hat noch Ende Januar die globale Bereitstellung von Corona-Impfstoffen verlangt. Die internationale Verteilung nimmt angesichts des existenten Impfstoffnationalismus allerdings kaum Fahrt auf. Die Bundeskanzlerin verweist auf die COVAX Facility. Bitte legen Sie kurz dar, wie weit es aus Ihrer Sicht mit der internationalen Solidarität ist. Wie wird dazu die Debatte im globalen Süden geführt? Können Sie auch noch auf die Anmerkungen zu den internationalen Kooperationen eingehen?

SV **Andreas Wulf** (Medico International): Die COVAX Facility hätte tatsächlich ein globales Einkaufs- und Verteilungsmodell geben können und dann gegenüber den Impfstoffproduzenten so etwas wie globale Solidarität für alle ermöglicht. Tatsächlich haben aber vor allem die reichen Staaten diese COVAX Facility ausschließlich als Modell für die Beschaffung von Impfstoffen für die armen Länder angesehen, so wie das auch die GAVI-Initiative ist, und sich ihre eigene Versorgung mit bilateralen Deals bei den Herstellern gesichert. Damit haben sie einen Wettbewerb untereinander angefangen, den dann auch die Länder mittleren Einkommens vollzogen haben. Was wir jetzt sehen, dass tatsächlich systematisch Lieferprobleme entstehen, weil man abhängig davon ist, dass diese großen Konzerne auch ihre eigenen Produktionsschwierigkeiten dann umsetzen in der Frage, wer bekommt denn tatsächlich jetzt welche Lieferung, und der Rest der globalen Lieferkapazitäten, und das muss

man jetzt im Moment sehen, da sind beeindruckende Zahlen genannt worden, die als Prognosen für dieses Jahr aufgelistet worden sind. De facto sehen wir doch jetzt, dass es tatsächlich jetzt schon Schwierigkeiten gibt, überhaupt die Lieferungen nach Europa und Nordamerika tatsächlich zu sichern. Deswegen bleibt diese COVAX Initiative ein rein karikativer Ansatz, den wir kritisch sehen und der auch in der internationalen Debatte von Partnern von Medico International in diesem Sinne nicht als ausreichend für eine tatsächlich globale solidarische Lösung gesehen wird. Umso wichtiger sind dann die anderen Vorschläge, wie der schon erwähnte TRIPS-Waiver, und natürlich auch die Möglichkeit, mit einem systematischen Pooling von Produktionslizenzen tatsächlich einen Schritt weiterzukommen, wie das der Medicines Patent Pool auch schon gemacht hat. Das sind Modelle, die existieren und die auch schon ihre Funktionalität bewiesen haben, mit Einschränkungen, wie Frau Massute gesagt hat. Aber in diese Richtung muss die Tendenz gehen.

Abg. **Dr. Achim Kessler** (DIE LINKE.): Meine Frage geht wieder an den ESV Jörg Schaaber. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten des Ersten Bevölkerungsschutzgesetzes, staatliche Zwangslizenzen zu vergeben, auch im Hinblick auf die internationale Vernetzung, ein? Welche Signalwirkung könnte für die globale Bereitstellung von Impfstoffen davon ausgehen, wenn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht würde?

ESV **Jörg Schaaber**: Ja, das wäre schon ein wichtiges Signal, auch international, diese Möglichkeit auszunutzen. Ich möchte noch einmal sagen, es wurde eben viel gesagt, dass es Kooperationen gibt. Man muss aber wirklich betonen, dass Kooperationen mit Firmen in Entwicklungsländern eher die Ausnahme sind. Da muss man positiv AstraZeneca tatsächlich hervorheben. Das gilt für andere Firmen zum Teil nicht. Da ist im Grunde genommen auch eine Chance verschlagen worden. Man mag jetzt beklagen, dass es ein später Zeitpunkt ist, weil es natürlich Vorlaufzeiten gibt, um Produktionen aufzubauen. Aber es ist ja noch nicht zu spät. Die Pandemie wird uns ja leider sicherlich noch eine Weile beschäftigen. Umso wichtiger ist, dass jetzt gehandelt wird. Eine Maßnahme davon ist der Waiver, den die WTO vorschlägt. Wenn jetzt hier wieder-



holt behauptet worden ist, die Länder hätten überhaupt keine Möglichkeiten, diese Produktionen auszuweiten, frage ich mich, ob das so stimmt. Ich habe von verschiedenen Leuten gehört, dass das nicht zutrifft. Natürlich kann nicht jedes einzelne Entwicklungsland etwas produzieren. Es gibt aber durchaus eine Reihe von Ländern, die das können. Es ist ja auch kein Zufall, dass Südafrika und Indien diesen Vorschlag eingebracht haben, die beide über eine relativ entwickelte Pharmaindustrie verfügen. Das ist ganz wichtig. Technologietransfer darf natürlich auch nicht auf der Strecke bleiben, weil, da beißt sich die Katze in den Schwanz, wenn man sagt, die Länder haben die Technologie nicht, aber wir geben sie ihnen auch nicht. Das kann nicht die Lösung sein.

Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine erste Frage richtet sich an Biodeutschland und beleuchtet eher die deutsche Perspektive. Würde eine Freigabe der Patente kurz- und mittelfristig die derzeitige Verfügbarkeit der Impfstoffe in Deutschland steigern? Welche Maßnahmen würden Sie vorschlagen, um die Produktionskapazitäten rasch steigern zu können?

SVe Dr. Viola Bronsema (Biodeutschland): Nein, die Freigabe hätte keinen positiven Effekt. Der Verlust von Patentrechten würde jetzt keine neuen Kapazitäten schaffen. Es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, dass die Impfstoffherstellung aus mehreren Verfahrensschritten besteht und entsprechend mehrere Unternehmen beteiligt sind. Für die schnelle Herstellung großer Mengen ist nämlich nicht nur der eigentliche Wirkstoff entscheidend, also zum Beispiel die Boten-RNA. Entscheidend sind auch die Hilfsstoffe auf dem Weg zum fertigen Impfstoff, das heißt Plasmide, Vektoren, Enzyme, Bakterienstämme, Zelllinien und Lipide. Sie sind häufig ebenfalls patentgeschützt und werden biotechnisch hergestellt. Der Verlust von Patentrechten kann schließlich immensen Schaden anrichten und Innovationen verhindern. Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer würden ihre Kapitalgeber für Forschung und Entwicklung verlieren, das wurde schon angesprochen, wenn nämlich Lizenz- und Schutzrechte den Aufwand für Forschung und Innovation nicht mehr rechtfertigen würden. Ohne das Privatkapital hätten wir heute weder BioNTech noch CureVac hierzulande, die beiden Firmen also,

die maßgeblich zur Bekämpfung der Pandemie beitragen können. Es ist auch wichtig zur Klarstellung. Die Aussetzung des Patents bringt nicht die Übertragung von Know-how mit sich. Das brauchen Sie ebenfalls, um einen Impfstoff herzustellen. Zur Produktion kann ich sagen, dass die kurzfristigen Produktionskapazitäten erhöht werden könnten durch beschleunigte Genehmigung und bessere behördliche Unterstützung für biotechnologische Verfahren, Produkte und Anlagen. Auch hier ist es wichtig, nochmal auf die Herstellungskette hinzuweisen. Die Vorbestellungen von Komponenten und Zusatzstoffen dauern meist mehrere Monate. Auch die Produktion von manchen Vorprodukten und Komponenten musste schon jetzt auf das Hundertfache erhöht werden. Auch dafür werden neue Anlagen gebraucht und auch die müssen wieder genehmigt werden. Sinnvoll sind außerdem Abnahmegarantien für Zulieferer oder finanzielle Unterstützung der Impfstoffhersteller für eine umfassende Bevorratung, damit die Produktion nicht ins Stocken gerät und die Risiken für die Unternehmen etwas abgefedert werden. Damit ließen sich die Nachhaltigkeit des Produktionsanlagenaufbaus, also die Kapitalinvestition, und die anschließende Aufrechterhaltung des Betriebs, also die Arbeitsplätze, und auch die Betriebskosten sicherstellen. Um die Versorgung mit Impfstoffen mittelfristig zu ermöglichen, sind zudem längerfristige Maßnahmen zur Steigerung der Produktion erforderlich. Hier möchten wir bessere Finanzierungsmöglichkeiten für den Produktionsausbau und deutlich bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen vorschlagen.

Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine nächste Frage geht an die ESve Elisabeth Massute. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir mehr Impfstoffe und auch mehr Produktion weltweit haben möchten. Wie würde es aus Ihrer Sicht durch die Aussetzung geistiger Eigentumsrechte für COVID-19-Impfstoffe, aber eben auch für die begleitenden Produkte zu einer Steigerung der weltweiten Produktionskapazitäten vor dem Hintergrund von Wissens- und Technologietransfer, der ja damit verbunden wäre, führen?

ESve Elisabeth Massute: Um auch gleich an meine Vorrednerin anzuschließen, es wurden ja gerade in dieser Pandemie viele Risiken von den Pharmaun-



ternehmen genommen. Es gibt einen enormen Bedarf, die Abnahme ist schon gesichert, auch schon in Vorabverträgen. Es wurden massiv öffentliche Gelder in die Firmen investiert, gerade auch in die von Ihnen angesprochenen Firmen BioNTech und CureVac, damit so schnell die Forschung vorangetrieben werden kann. Es gibt quasi die öffentliche Innovation, die dazu beigetragen hat, mRNA-Technologien, die an Universitäten erforscht wurden. Deshalb wäre es so wichtig, den TRIPS-Waiver selber zu unterstützen von der deutschen Bundesregierung, damit wir global eine Ausweitung haben können. Nicht nur, damit die Patente ausgesetzt werden auf die Impfstoffe selbst, sondern auch auf die von Ihnen angesprochenen Ressourcen für die Herstellung. Das ist auch ein wichtiger Teil. Hier dürfen auch keine Engpässe bestehen, wenn die Produktionskapazitäten ausgeweitet werden sollen. Das passiert gerade in Deutschland. Das muss aber international passieren. Ich möchte auch Jörg Schaaber Recht geben, der sagt, dass natürlich auch im globalen Süden Produktionskapazitäten vorhanden sind. Wenn man sich allein die präqualifizierten Impfstoffe der WHO anschaut, dann sieht man, dass von 158 Impfstoffen 72 in ärmeren Ländern produziert werden. Das hat auch der Verhandlungsleiter aus Südafrika gestern beim TRIPS-Council erwähnt. Ich finde, das ist ein wichtiger Punkt, wo man schauen muss. Auch sind Zwangslizenzen natürlich immer individuelle Beschlüsse, die für einzelne Produkte in einzelnen Ländern verhandelt werden müssen und sind dann aber für die Länder, die keine Produktionskapazitäten haben, auch hinfällig, weil die dann nicht produzieren können. Es gibt außerdem Fälle, wo auch ohne Technologietransfer Impfstoffe dann im globalen Süden hergestellt wurden. Ein Beispiel dafür ist ein Hepatitis-B-Impfstoff, der schon in den 80er-Jahren in Indien hergestellt wurde und dann für unter einem Dollar auch UNICEF zur Verfügung gestellt wurde für eine globale Impfkampagne, aber auch für die nationalen Immunisierungsprogramme. Knappheit durch geistige Eigentumsrechte betrifft nicht nur Impfstoffe, sondern auch Tests, Schutzmasken und so weiter. Das haben wir auch in der Pandemie gesehen. Deshalb ist der Waiver auch so umfassend. Aber wir haben natürlich auch schon Patentprobleme gesehen, wenn wir uns wieder auf die Impfstoffe besinnen. Wir erinnern uns alle an den Streit letztes Jahr, der auch immer noch

weitergeht, zwischen Moderna und dem amerikanischen National Institute of Health. Da sind nämlich auch Fragen ungeklärt. Auch der Moderna-Impfstoff ist zum größten Teil aus öffentlicher Hand finanziert.

Abg. **Heike Baehrens** (SPD): Meine Frage richtet sich auch an die ESve Elisabeth Massute. Die EU-Kommission brachte in ihrer Mitteilung vom 19.01.2021 einen EU-Mechanismus für eine gemeinsame Nutzung des Impfstoffbestands ins Gespräch und schaltete am 17.02.2021 die EU-weite Plattform Vaxellerate online. Diese soll die Einstellung von Daten klinischer Studien und eine bessere Vernetzung von Wissenschaft, Unternehmen und Zulassungsbehörden ermöglichen. Wie beurteilen Sie diese gemeinsamen europäischen Anstrengungen vor dem Hintergrund, dass die WHO bereits mit COVAX und C-TAP solche Mechanismen zur Verfügung gestellt hat?

ESve **Elisabeth Massute**: Wenn wir von einer globalen Pandemie sprechen, dann müssen wir auch über globale Ansätze sprechen. Es kann nicht der europäische Weg sein, der da vorgeht. Es ist gut, dass man sich über Grenzen hinaus auch vernetzt. Es müssen aber Formate gefunden werden, die für alle funktionieren und nicht nur hier in der EU. Bestehende Mechanismen, wie von Ihnen angesprochen COVAX und C-TAP, die bei der WHO angesiedelt sind, die ja die Organisation mit der Expertise und auch dem globalen Mandat für diese Angelegenheiten ist, sollten nicht unnötig durch Parallelstrukturen geschwächt werden. Das gilt vor allem natürlich auch für die Verteilung von Impfdosen. Also wenn jetzt, Bundeskanzlerin Merkel hat es vergangene Woche angesprochen, Bundespräsident Steinmeier hat es angesprochen, Dosen aus europäischen Ländern verteilt werden an ärmere Länder, was wir gut und richtig finden, dann sollte diese Verteilung über COVAX stattfinden und nach dem Rahmenplan, der von der WHO aufgesetzt wurde. Auch Staatssekretärin Flachsbarth hat übrigens betont, dass deutsche Dosen über diesen Verteilungsmechanismus verteilt werden sollten. Das heißt natürlich nicht, dass es an COVAX nichts auszusetzen gibt aus unserer Sicht. Ärzte ohne Grenzen hat mehrfach schon bemängelt, dass es eine fehlende Transparenz gibt bei Verträgen, dass die Geschwindigkeiten natürlich sehr langsam sind bei der Verteilung, aber auch bei den Verträgen, die



abgeschlossen werden. Wir haben diesbezüglich auch Verbesserungsvorschläge bei COVAX eingereicht. Wenn wir uns die Zusammenarbeit bei klinischen Studien angucken, finden wir es auch da gut, über den nationalen Tellerrand zu schauen. Auch hier sollte auf möglichstste Transparenz geachtet werden. Wir erinnern uns alle daran, warum wir so schnell Testmöglichkeiten gegen COVID-19 gehabt haben, weil die Virussequenz international schnell geteilt wurde, sodass Wissenschaftler weltweit profitieren konnten und schnell gemeinsam vorangehen konnten. Auch dies sollte berücksichtigt werden. Es muss auch in Betracht gezogen werden, dass Menschen auch in ärmeren Ländern sich für klinische Studien zur Verfügung stellen. Auch damit unterstützen sie die Wissenschaft. Es ist in unserer aller Verantwortung, auch in der Verantwortung der EU, dass diese Menschen Zugang zu den besten und geeignetsten Impfstoffen erhalten.

Abg. **Michael Hennrich** (CDU/CSU): Ich richte meine Frage an den ESV Prof. Dr. Axel Metzger. Es geht noch einmal um das Thema der Forderung von Indien und Südafrika. Mich interessiert Ihre Position zur internationalen Ebene mit Bezug auf die beiden Länder, die eine Aussetzung einiger Verpflichtungen aus dem TRIPS-Abkommen gefordert haben.

ESV **Prof. Dr. Axel Metzger**: Ich möchte sagen, dass ich zunächst einmal das Grundanliegen nachvollziehen kann, was Indien und Südafrika zu diesem Antrag treibt. Ich kann auch die Position von Ärzten ohne Grenzen in ihrer Zielsetzung durchaus verstehen. Ich glaube aber, dass das vorgeschlagene Mittel im Moment nicht zielführend, sondern sogar kontraproduktiv ist. Mir fehlt bisher der Beleg für tatsächliche Fälle, in denen Produktionsstätten in Indien, Südafrika oder anderen Ländern der südlichen Hemisphäre sich beworben und Lizenzen nachgesucht hätten und Patentinhaber aus den nördlichen Staaten hätten diese Anliegen abgelehnt. Wo sind denn diese konkreten Fälle? Was ich immer höre, und das ist berechtigt, und ich kann das nachvollziehen, sind ältere Fallgestaltungen, wo es etwa um HIV/Aids-Medikation und ähnliches geht, wo es Blockadesituationen gab. Im Moment sehe ich die konkreten Fälle nicht. Gäbe es diese konkreten Fälle, indische Unternehmen möchten herstellen, Patente aus dem Norden stehen im Weg, dann gäbe es die Möglichkeit der

Zwangslizenz, übrigens nicht nur im Hinblick auf Staaten, die selber eine Industrie haben, sondern es gibt im TRIPS-Abkommen nach vielen Jahren Verhandlung jetzt auch die Möglichkeit, dass in Exportländern, also etwa in Deutschland, Zwangslizenzen erteilt werden, um hier Medikamente oder Impfstoffe herzustellen, die dann an Entwicklungsländer geliefert werden. Wir haben im TRIPS-Abkommen entsprechende Möglichkeiten. Ich glaube, wir sollten die auch erst einmal ausprobieren. Langfristig, und da kann ich Frau Massute nur zustimmen, ist es so, dass wir uns bemühen müssen, Technologietransfer in die Länder des Südens auch hinzubekommen, um einen Aufbau von Produktionsstätten zu ermöglichen. Letztlich ist es so, dass Patent alleine hilft nicht. Man braucht auch das Know-how. Das funktioniert am besten über Kooperationen. Das sollte man unterstützen. Der TRIPS-Waiver stellen Sie sich vor, welches Unternehmen aus Deutschland ist bereit, jetzt nach Indien zu gehen, Know-how zu transferieren und zusammenzuarbeiten wenn parallel für zwei Jahre jeglicher Patentschutz ausgeschlossen wird. Das geht in völlig unterschiedliche Richtungen. Im Gegenteil, der Schutz geistigen Eigentums von Patenten gerade in Ländern wie Indien ist erforderlich, damit Technologieunternehmen aus dem Norden mit Deep Technology, wie es vorhin gesagt wurde, auch bereit sind, in diese Länder zu gehen. Das müssen wir hinkommen. Aber das geht am Ende besser auf der Basis von Kooperationen. Wenn das nicht funktioniert, haben wir die Möglichkeit der Zwangslizenzen.

Abg. **Michael Hennrich** (CDU/CSU): Die Frage stelle ich jetzt an Biodeutschland. Sie haben ja schon etwas zum Thema Zwangslizenzen und Produktion gesagt. Sind Ihnen im Bereich der Impfstoffherstellung generische Produktionen nach Ablauf des Patentschutzes oder Produktion unter Zwangslizenzen bekannt? Falls nein, worin sehen Sie die Ursachen?

Sve **Dr. Viola Bronsema** (Biodeutschland): Mir ist derzeit so etwas nicht bekannt. Das ist halt ein sehr know-how-intensives Gebiet, ein sehr junges Gebiet, auf dem jetzt auch die mRNA-Impfstoffe beruhen. Aus diesem Grund sind die meisten Schritte der gesamten Herstellungskette sogar selbst patentgeschützt und werden auch in hochinnovativen Anlagen biotechnisch hergestellt.



Abg. **Hilde Mattheis** (SPD): Meine Frage richtet sich an Medico International. Wie lange wird es nach aktuellen Schätzungen oder nach Ihren Schätzungen dauern, bis der Großteil der Weltbevölkerung gegen COVID-19 geimpft ist? Welches sind die humanitären Auswirkungen der verzögerten Durchimpfung in der Bevölkerung in den Ländern des globalen Südens, die nach dem jetzigen Stand als letztes mit Impfstoff versorgt werden?

SV **Andreas Wulf** (Medico International): Das sind natürlich im Moment alles Schätzungen. Ganz wichtig ist vielleicht in dem Zusammenhang auch nochmal, einen anderen Blick zu werfen. Es reicht nämlich nicht einzig und allein aus, es wurde auch schon hingewiesen, Impfstoff irgendwo in eine Hauptstadt zu liefern, sondern natürlich braucht es Gesundheitssysteme, die in der Lage sind, auch Impfkampagnen dann entsprechend durchzuführen. Deswegen gibt es natürlich den Fokus vor allem zu sagen, dass man jetzt Zielgruppen besonders bevorzugt impfen muss. Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten, Menschen die besonders bedroht sind von den gesundheitlichen Folgen von COVID-19. Diese Menschen jetzt zu impfen, muss so schnell wie möglich aufgebaut werden und eben nicht nur in den Ländern des globalen Nordens durchzuimpfen. Da sehen wir die Notwendigkeit, Länder mit schwachen Gesundheitssystemen stark zu unterstützen. Es gibt da gute Vorerfahrungen mit Impfkampagnen zum Beispiel gegen die Kinderlähmung. Das sind alles Prozesse, die gleichzeitig auch mit stattfinden müssen. Wir sehen mit großer Sorge, das gerade durch die ökonomischen Einschränkungen, auch durch die Lockdowns in denen die Länder des globalen Südens genauso sind, sich die ökonomische Lage der Menschen massiv verschlechtert, bis hin auch zu bedrohlichen Ernährungskrisen, in denen die globale Solidarität sich deutlich über den reinen Impfstoff hinaus auch ausweiten muss. Das wäre ein Blick, der da in einem weiten Sinne der Gesundheitsförderung und nicht nur auf die Verhütung spezifischer COVID-19-Schäden notwendig ist.

Abg. **Paul Viktor Podolay** (AfD): Meine Frage geht an den vfa. Auf der Internetseite der forschenden Pharmaunternehmen steht geschrieben, ich zitiere: „Hersteller von Impfstoffen, die mit der COVAX Facility zusammenarbeiten, sollen durch Vorabkaufverpflichtungen und Vorauszahlungen in die

Lage versetzt werden, ihre Produktionskapazitäten zügig und umfangreich auszuweiten. Dafür will COVAX Facility 5,7 Milliarden US Dollar bereitstellen. In den Vorabkaufverpflichtungen werden Liefermengen, Lieferfristen und Preise festgelegt“. Können Sie uns etwas näher darlegen, welche Hersteller mit COVAX Facility zusammenarbeiten?

SV **Dr. Siegfried Throm** (Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)): Auf Anhieb kenne ich zwei Hersteller, die solche Verträge geschlossen haben. Der eine ist AstraZeneca über 1 Milliarde Dosen für die COVAX Facility und der zweite ist Pfizer-BioNTech, die einen Vertrag über 40 Millionen Dosen geschlossen haben. Insgesamt hat COVAX Facility über 2 Milliarden Dosen gesichert. Die afrikanische Union hat sich darüber hinaus noch 670 Millionen Dosen durch eigene Verträge gesichert.

Dr. Georg Kippels (CDU/CSU): Die Frage richtet sich an die EIB. Mich interessiert, ob Sie die Forschung und Produktion an Corona-Impfstoffen oder Medikamenten fördern können. Wenn ja, welche Förderung ist hier bereits erfolgt?

SVE **Felicita Riedl** (Europäische Investitionsbank Luxemburg (EIB)): In der Tat hat die EIB massiv in der Corona-Krise investiert in Forschung und Entwicklung, sowohl von Impfstoffen, aber auch, nicht minderwichtig, in die Entwicklung von neuen Diagnostika und Therapiemöglichkeiten. Hier ist insbesondere anzumerken, dass EIB auch sehr frühzeitig einen Kredit für die Entwicklung von BioNTech zur Verfügung gestellt hat, der nicht nur die Entwicklung der klinischen Studien gefördert hat, sondern auch zusätzlich Gelder in den Aufbau der Kapazität zur Verfügung gestellt hat. Wir teilen die Auffassung der hier Gehörten, dass es wichtig ist, dieses Problem breitgefächert anzugehen. Das heißt, man muss auf verschiedenen Ebenen agieren und insbesondere darauf achten, dass die gesamte Wertschöpfungskette abgedeckt werden kann.

Abg. **Prof. Dr. Andrew Ullmann** (FDP): Die Frage richtet sich an den vfa. Die Partei DIE LINKE. erklärt gerne, dass die Gelder für die Impfstoffe eigentlich von der Regierung stammen und darum müssten die Produkte freigegeben werden. Können Sie für uns diese Aussage einordnen?



SV Dr. Siegfried Throm (Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)): Die Entwicklung und die Produktion von Impfstoffen wurde im Wesentlichen aus privaten Mitteln der Firmen bezahlt. Man hört immer wieder, es hätte gewaltige Summen gegeben. Die 100 Millionen Euro von der Europäischen Investitionsbank zum Beispiel waren ein Kredit, das heißt, der Kredit muss zurückgezahlt werden und es müssen auch Zinsen dafür bezahlt werden. Das war also kein Geschenk. Was die Studie von KENUP angeht, auch die geistert hier überall durch bestimmte Medien. Dort wurde dargestellt, dass es insgesamt Fördermittel von 93 Milliarden Euro insbesondere für die Entwicklung von Impfstoffen gegeben hat. Es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass über 93 Prozent dieser 93 Milliarden Euro in Form von Advance Market Commitments, also in Form von festen Vorbestellungen, geleistet wurden. Das heißt, diesen Geldern steht ein konkreter Wert durch den Kauf von entsprechenden Impfdosen gegenüber. Von daher können wir nicht sehen, dass es wirklich so ist, dass der Staat hier die komplette Impfstoffentwicklung bezahlt hat und von daher diese Impfstoffe jetzt auch patentfrei allen zur Verfügung gestellt werden sollten. Dem ist keineswegs so. Frau Dr. Bronsema hatte ja schon eingangs darauf hingewiesen, dass die Firmen CureVac und BioNTech 20 beziehungsweise 15 Jahre Vorlauf hatten und in dieser Zeit so gut wie keine öffentlichen Fördermittel bekommen haben, sondern sich die ganze Zeit durch Gelder insbesondere von deutschen Privatiers über Wasser halten mussten, damit sie endlich soweit gekommen sind, um praktisch aus dem Stand heraus hier in Rekordzeit diese COVID-Impfstoffe zu entwickeln. Von daher wäre es absolut kontraproduktiv, dieses Durchhaltevermögen der Firmen jetzt durch die Wegnahme von Patenten zu bestrafen. Darüber hinaus, es gibt im südlichen Afrika so gut wie keine Firmen, die überhaupt dafür in Frage kämen. Zu Indien, da hat der CEO von Serum Institute of India vor kurzem öffentlich in der Zeitung bekannt gegeben, dass es durch die Wegnahme von Patenten überhaupt keine Verbesserung gäbe, sondern dass es jetzt darauf ankäme, möglichst schnell die Produktion hochzufahren. Indien entwickelt eigene Impfstoffe und hat eher Probleme, für diese Impfstoffe aus Eigenentwicklung entsprechende Produktionskapazitäten zu finden.

Abg. **Harald Weinberg** (DIE LINKE.): Meine Frage geht nochmal an Medio International. Wir haben ja schon gehört, Indien und Südafrika haben mit Unterstützung vieler Staaten bei der WTO beantragt, die im TRIPS-Abkommen vorgesehenen Ausnahmen bei besonderem öffentlichen Interesse jetzt bei den Corona-Impfstoffen nutzen zu dürfen. Können Sie bitte kurz darlegen, welche Bedeutung diese Initiative nach Ihrer Ansicht hat? Was erhoffen Sie sich hier von der Bundesregierung?

SV **Andreas Wulf** (Medico International): Dazu ist jetzt das Meiste auch schon von der Frau Massute gesagt worden. Wir teilen diese Einschätzung, dass gerade die existierenden Flexibilitäten im TRIPS-Abkommen, also die Zwangslizenzierungen, wie sie schon seit 20 Jahren auch ausprobiert worden sind, tatsächlich in konkreten, dringlichen Fällen nicht schnell genug sinnvoll einsetzbar sind. Die Frage des globalen temporären, und es geht auch um die zeitlich befristete Aufhebung dieses Patentsystems für spezifische Produkte, wie sie in der aktuellen Krise notwendig sind, seien ja eine Möglichkeit, tatsächlich zu sehen, wieweit damit auch etwas gefordert werden kann. Ich denke, das ist schwer im Vorhinein zu sagen, was dann tatsächlich damit passiert. Ich denke, hier wird es eher darum gehen, anstatt auf Prinzipien zu beharren, tatsächlich flexibel alles zu nutzen, was tatsächlich möglich ist. Ich denke, die Frage des Raubs von Patenten, die hier immer ins Bild geführt wird, ist natürlich tatsächlich in der Frage viel wichtiger. Das wurde auch schon angesprochen, wie weit tatsächlich das Forschungs- und Entwicklungsmodell mit diesem Patentsystem tatsächlich das produziert, was wir brauchen, oder das auch nicht tun, weil es eben immer davon ausgeht, dass es ausreichend kaufkräftige Nachfrage gibt. Das ist ein Dilemma, das wir mit dem existierenden System gar nicht lösen können. Deswegen sollte tatsächlich im Moment auch die Möglichkeit bestehen, flexibel auf die Situation zu reagieren. Das beinhaltet den Vorschlag, den Indien und Südafrika bei der WTO eingebracht haben.

Abg. **Dr. Georg Kippels** (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich wieder an den ESV Greg Perry. Ich habe eine weitergehende Frage. Bestehen aus Ihrer Sicht Anhaltspunkte dafür, dass patentrechtliche Beschränkungen zu einer Beeinträchtigung der Ver-



sorgung mit Impfstoffen von ärmeren Ländern geführt haben oder führen könnten? Gehen Sie bitte hierbei auch darauf ein, ob wir mehr Kooperationen haben könnten, wenn das Recht auf geistiges Eigentum anders ausgestaltet wäre.

ESV Greg Perry: Die direkte Antwort auf Ihre Frage wäre nein. Das geistige Eigentum stellt hier überhaupt kein Problem dar bei den Schwierigkeiten, die wir gegenwärtig sehen. Es wird ja häufig gesagt, dass das geistige Eigentum dazu führt, dass es weniger Innovationen gibt. Aber wir sehen bei den Innovationen und auch bei den Herstellungsmöglichkeiten keine Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten, die wir gegenwärtig sehen, ergeben sich im Bereich der Verfügbarkeit des Zugangs und hauptsächlich eben im Bereich der Lieferketten. Dort treten die Probleme auf. Es gibt genügend Herstellungsmöglichkeiten. Es gibt genügend Fabriken. Das Problem ist in der Produktion und im Erhöhen der Qualitäten zu sehen. Es gibt einfach eine begrenzte Anzahl von Rohstoffen. Es sind 160 Rohstoffe, die mitverarbeitet werden bei der Herstellung eines Impfstoffes. Die Rohstoffe sind teilweise nur begrenzt verfügbar. Dann gibt es nur eine begrenzte Verfügbarkeit an qualifizierten Arbeitern, eine begrenzte Verfügbarkeit an Ampullen und Spritzen. Gerade bei Spritzen gibt es eine Lücke von 5 Milliarden. Dort gibt es sehr viele Engpässe, unter anderem auch im Bereich der Qualitätskontrolle. 450 Schritte im Herstellungsprozess hängen mit der Qualitätskontrolle zusammen. 70 Prozent der Herstellungszeit wird für die Qualitätskontrolle verwendet. Dann haben wir Probleme im Bereich Fit and Finish und im Bereich der Verpackungen, die für die einzelnen Länder ebenfalls zur Verfügung gestellt werden müssen. Dann gibt es natürlich noch die normalen, regulatorischen, gesetzgeberischen Schwierigkeiten. Das heißt, wir sehen durchaus, dass es gute Möglichkeiten gibt. Das alles muss aber natürlich in den jeweiligen Ländern dann auch noch hergestellt werden, in Produktionsstätten, die nach den guten Herstellungspraktiken arbeiten. Und dann darf es keine Schwierigkeiten bei der Verteilung des Impfstoffes geben. Die Lockerungen von Patenten würde hier überhaupt keine Veränderung mit sich bringen. Wir möchten, dass COVAX funktioniert. Wir arbeiten mit COVAX zusammen. Wir möchten auch mit COVAX zusammenarbeiten, aber wir denken, es muss eine Veränderung im Ansatz geben, was die Verteilung von Impfstoffen angeht, nämlich

weg von der hauptsächlichlichen Verteilung dort, wo es viele Todesfälle und viele Inzidenzen gibt, was nämlich hauptsächlich Europa und die Vereinigten Staaten sind, und hin eher auch zu den Entwicklungsländern. Das Lockern von Patentrechten löst hier aber kein Problem.

Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage richtet sich an den ESV Prof. Dr. Axel Metzger. In Ihrer schriftlichen Stellungnahme haben Sie ausgeführt, dass gerade die Zwangslizenz sich in den letzten Jahren als effektives Mittel erwiesen hat, um Blockaden bei der Herstellung von Medikamenten aufzulösen. Können Sie bitte erläutern, inwieweit beim Einsatz von solchen Zwangslizenzen auch eine Rolle spielt, ob bereits freiwillige Kooperationen zwischen Unternehmen bestehen? Glauben Sie, dass die Möglichkeiten, die wir im deutschen Patentrecht haben, auch auf internationale Ebene zu übertragen sind?

ESV Prof. Dr. Axel Metzger: Das Instrument der Zwangslizenz ist im deutschen Patentrecht schon lange im Patentgesetz vorhanden. Wir haben viele Jahre gehabt, wo wir keine wirkliche Praxis hatten. Wir hatten aber in den letzten drei Jahren zwei Fälle, bei denen sogar im einstweiligen Rechtschutzverfahren, also innerhalb weniger Monate, durch das Bundespatentgericht eine Zwangslizenz erteilt worden ist. Konkret ging es um ein Medikament zur Behandlung von HIV/Aids bei Schwangeren und Kindern. Der Patentinhaber hat das Produkt in Deutschland nicht auf den Markt gebracht. Er hat keine Lizenz erteilt und ein anderer Hersteller, der das herstellen wollte, hat deswegen erfolgreich eine Zwangslizenz erteilt bekommen. Kurzum, wenn ein öffentliches Interesse besteht und die Versorgung einer Patientengruppe nicht gewährleistet ist durch die Anbieter, die auf dem Markt sind, dann kann eine Zwangslizenz erteilt werden, wenn der Patentinhaber nicht bereit ist, selber eine Lizenz zu erteilen. Das funktioniert. Wir haben in Deutschland gesehen, es funktioniert. Wir haben entsprechende Regeln auch im internationalen Recht, im TRIPS-Abkommen, in den Mitgliedsstaaten der WTO dementsprechend auch. Die eine Möglichkeit ist, wenn Unternehmen selbst in dem betreffenden Staat herstellen wollen, das ist dann wie dieser deutsche Fall. Die zweite Möglichkeit ist, wenn der Staat in der Notlage selber keine Ka-



pazitäten hat, dann kann auf Grundlage von Artikel 31bis TRIPS auch eine Zwangslizenz erteilt werden, um Medikamente zu exportieren. Letztlich die Frage, ob vorher kooperiert worden ist oder nicht, spielt sicherlich eine Rolle in zweierlei Hinsicht. Zum einen ist die Frage, wieviel Medikamente oder Impfstoffe dieser Art zur Behandlung dieser Krankheit sind bereits auf dem Markt. Da wird es eine Rolle spielen. Das Zweite sicherlich auch. Man kann nur eine Zwangslizenz erteilen, wenn das Unternehmen, der Patentinhaber nicht bereit ist, freiwillig eine Lizenz zu geben. Der hat natürlich bessere Karten, wenn er sagen kann, ich bin ja bereit zu lizenzieren; nur der Lizenzsucher hat die Bedingungen nicht angeboten. Also, wir haben Instrumente und ich glaube auch, dass wir die erstmal ausprobieren sollten, auch auf internationaler Ebene, um zu sehen, wenn freiwillige Lizenzen nicht ausreichend erteilt werden, auf die Weise Druck auszuüben.

Abg. **Martina Stamm-Fiebich** (SPD): Meine Frage geht an den ESV Jörg Schaaber. Ist Ihrer Meinung nach die COVAX-Initiative ausreichend finanziert? Genügen die vertraglich zugesicherten Impfdosen für die Versorgung der Zielgruppen? Wie lange wird es dauern; bis die aktuell zugesicherten Dosen in den Partnerländern verimpft sind?

ESV **Jörg Schaaber**: Das ist leider ein bisschen Kafeesatzlesen. Eine Sache sollte man vielleicht vorschicken. COVAX hat sich als Ziel nur gesetzt, 20 Prozent der Bevölkerung zu versorgen, also keineswegs eine ausreichende Versorgung. Natürlich sind 20 Prozent schon ein guter Anfang. Es gilt, erstmal weltweit die besonders gefährdeten Gruppen und vor allen Dingen auch das Gesundheitspersonal zu impfen. Das ist eine Minderheit der Bevölkerung. Deswegen ist auch eine gleiche Verteilung über die Welt jetzt so wichtig. Nach den gegenwärtigen Angaben von COVAX sollen bis Sommer gerade einmal drei Prozent der Bevölkerung in ärmeren Ländern durch COVAX versorgt werden. Das ist natürlich herzlich wenig. Ich glaube, es reicht nicht aus. Sie sprachen auch die Finanzierung an. Diese ist keineswegs gesichert. Vielleicht ist COVAX nicht das ideale Modell, was gewählt worden ist, und vielleicht ist GAVI nicht der beste Träger dafür. Aber damit müssen wir im Moment leben. Ich denke, es ist wichtig darauf zu achten, dass genug Geld zusammenkommt. Ich würde auch

noch einmal Transparenz anmahnen, weil das gegenwärtig bei GAVI gar nicht gewährleistet ist, dass für die Impfdosen auch nicht so viel bezahlt wird. Es ist immer die Rede davon, dass so viel abgegeben wird, dass so viel produziert wird. Das wissen wir auch zu würdigen. Am Ende des Tages muss man aber bei allen Abnahmeversprechen gucken, das gilt nicht nur für COVAX, das gilt genauso für die EU, ob die Staaten oder die Organisationen nicht zu viel für die Impfdosen bezahlen haben und dann eben doch sehr hohe Gewinne ermöglichen.

Abg. **Dr. Roy Kühne** (CDU/CSU): Meine Frage geht an den vfa. Der Vorschlag, die handelsbezogenen Rechte am geistigen Eigentum außer Kraft zu setzen, wurde bei der WTO bereits erhoben. Sie haben angeführt, dass die Annahme dieses Vorschlags weltweit negative Auswirkungen haben könnte. Könnten Sie diese bitte noch einmal kurz erläutern?

SV **Dr. Siegfried Throm** (Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)): Das Geschäftsmodell von Pharma- und Biotech-Firmen beruht darauf, dass die Erkenntnisse, die gewonnen werden, durch Patente geschützt werden können. Wenn man dieses System außer Kraft setzt, fällt das gesamte Geschäftsmodell zusammen. Wir werden in Zukunft wesentlich weniger Firmen haben, Startups überhaupt keine mehr, und ich könnte mir nicht vorstellen, wer diese dann finanzieren soll. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Staat hier wirklich mit solchen Summen, wie sie von Privatinvestoren getätigt werden, dann in die Lücke springen wird. Von daher ist dieser Vorschlag hier von uns abzulehnen.

Abg. **Paul Viktor Podolay** (AfD): Meine Frage geht an den ESV Prof. Dr. Axel Metzger. Wenn ich Ihr Gutachten richtig verstanden habe, dann machen die Linken in ihrem Antrag mit der Forderung nach Zwangslizenzen und Benutzungsanordnungen ein Scheinproblem auf, da es nicht am Technologietransfer, sondern an den Herstellungs- beziehungsweise Produktionskapazitäten mangelt. Hätten Sie eventuell Vorschläge, ob und wie sich der Gesetzgeber diesem Problem der Beschleunigung der Impfstoffproduktion nähern könnte?



ESV Prof. Dr. Axel Metzger: Ja, es ist bereits angesprochen worden. Man müsste dann vielleicht darüber nachdenken, ob es jenseits von Patenten weitere Förderinstrumente für Unternehmen auch geben kann, etwa im Moment aktuell eben auch Förderung für den Aufbau von Produktionskapazitäten. Wir müssen uns einmal vorstellen, dass wir teilweise in Industrien und auch in Handelsunternehmen, von denen wir nicht wissen, wie die nach der Pandemie aussehen, teilweise Milliardenbeträge investieren. Das, was die EU an Gesamtbeträgen, 750 Milliarden Euro Fördervolumen, ausgerufen hat, um der Wirtschaft über die Krise hinwegzuhelfen, ist im Vergleich zu dem, was von den Unternehmen angefragt wird, um Produktionskapazitäten auszubauen, sehr viel. Insofern man muss über andere Förderinstrumente nachdenken, um den Unternehmen jetzt im Aufbau der Herstellungskapazitäten zu helfen.

Abg. Dr. Roy Kühne (CDU/CSU): Es geht schlichtweg in diesem System um Geld, also frage ich einmal die EIB. Wir hatten im Vorfeld schon einmal Ihre Ausführungen gehört. Gerne würde ich noch eine Einschätzung von Ihnen erfahren. Bestehen Ihrer Ansicht nach Hürden für eine bessere Möglichkeit der Förderung durch die EIB im Bereich der geistigen Eigentumsrechte oder an anderen Stellen?

Sve Felicitas Riedl (Europäische Investitionsbank Luxemburg (EIB)): Ja, das ist eine etwas komplexere Frage. Allerdings muss man dazu sagen, als Bank oder generell als Geldgeber, der in dem Bereich Innovation tätig ist, ist es oft so, dass die Patente auch als Sicherheit angesehen werden. Das heißt, die stellen einen Gegenwert dar zu dem Geld, was für die Entwicklung zur Verfügung gestellt wird. Genauso ist es, wenn man in Produktionskapazitäten investiert, dann ist es natürlich auch so, dass dort die Gebäude oder die Infrastruktur als Sicherheit gegeben werden. Hier sind die Patente etwas weniger wichtig. Hier wäre es vielleicht wichtig, wenn, entweder durch die öffentliche Hand oder durch sonstige Institutionen, Produktionsstätten gefördert werden, dass man eben auch sicherstellen kann, dass im Falle einer nicht erfolgreichen Entwicklung von einem bestimmten Impfstoff die dazugehörige Produktionskapazität dann anderweitig genutzt werden kann, um dann in dem Sinne der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden zu

können, im Sinne einer Contract Manufacturing Organisation.

Der Vorsitzende: Ich schließe diese Anhörung und bedanke mich bei den Experten und beim Dolmetscher. Ich wünsche allen noch einen schönen Tag.

Schluss der Sitzung: 16:34 Uhr

Erwin Rüdell, MdB
Vorsitzender